

Mahnruf

Organ der Kommunistischen Linksoption

Zu beziehen durch
Hans Thoma, Wien, II., Novaragasse 24
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN — GRAZ
Nr. 24 Dezember 1931 3. Jahrg.

Erscheint 14 tägig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlung und Auszahlungsstellen 12 Groschen
Abonnement vierteljährig S — 90

Die Hungerlawine rollt — Faschismus droht!

Anglo-französische Fronvogte hungern im Verein mit den bankerotten heimischen „Wirtschaftsfuhren“ das werktätige Volk Oesterreichs aus.

Beispiellos schändlich haben die Rothschild-Parteien des Nationalrates Millionen von Steuergeldern in den Rachen der Aktionäre geschoben. Um die „Katastrophe zu vermeiden“, um „dem Sturz des Schillings“ auszuweichen, hat die Sozialdemokratie der Rothschildsanierung die Mauer gemacht. Mit einem Hauch haben die Fronvogte des Weltkapitals die Maskerade der Sozialdemokratie, den Rekonstruktionsausschu heiseite geschoben und tordern einen Ausländer als Generaldirektor der Creditanstalt.

Die Rothschildaktionare wurden saniert, die Werktätigen Oesterreichs werden ausgeplündert. Unter dem Vorwand der nationalen Unabhängigkeit und dem Schrecken der Katastrophe hat die sozialdemokratische Führerschaft mitgeholfen die Lasten der Rothschildsanierung auf das Proletariat abzuwälzen. Und dennoch sind die mitten in der Katastrophe.

Die Deckung der Währung ist von S 36 am 7. Mai auf 28.1 Prozent am 31. Oktober gesunken. Der Banknotenumlauf in derselben Zeit von 905 Millionen Schilling auf 1134 Millionen gestiegen. Die Zill-union wurde preisgegeben für lumpige Auslandskredite, die die Regierung dann doch nicht erhielt. Heute wird dreiviertel der oesterreichischen Industrie vom Auslandskapital beherrscht, die Betriebe wurden gesperrt und die Löhne gekürzt. Ab 1. Jänner sollen den Angestellten und Arbeitern des Credit-Anstalts Konzerns die Kollektivverträge gekündigt werden. Der gestiegerte Lohnraub, Massensteuern und Zillwucher läßt die Massenarbeitslosigkeit und das Massenelend lawenartig anschwellen.

Der Devisenvorrat der Nationalbank ist von 505 Millionen Schilling zu Beginn der Rothschildsanierung auf 42 Millionen Schilling zusammengeschnitten. Daran hat auch die Devisenverordnung nichts geändert. Im Gegenteil, sie hat die Lage nur noch verschärft. Der Schilling ist in der Schweiz um 45 Prozent seines Wertes gesunken, somit steht die Inflation mit der Entwertung des Reallohnes und der Feuerungskatastrophe vor uns.

Die Politik der Nationalbank treibt zu einer Ernährungskrise mit all den Schrecken, die wir aus der Kriegszeit kennen. In wenigen Wochen wird die Zahl der Arbeitslosen des fünfte Hunderttausend überschritten haben. Jeder zweite Arbeiter ist arbeitslos.

Und die Schuldigen, die uns in dieses Chaos hineingesteuert haben, sie bringen ihren Teil ins Trockene, sie schieben ihr Geld ins Ausland. Dafür sollen sie von der Regierung mit Steuernachla, Straffreiheit und Zinsen in Form einer Inlandanleihe belohnt werden.

Den Bauern wird die letzte Kuh aus dem Stall getrieben, wehrt er sich, so wandert er ins Landesgericht; die Schieber und Verbrecher am Volke genießen Polizeischutz und hetzen die faschistischen Mordbuben auf die Arbeiterklasse.

Immer drohender wird die faschistische Gefahr. Die braune Mordpest und die schwarzgelben Anstokratien verkünden offen den Arbeitermord.

Unverschamt fordern die Christlichsozialen die Herausgabe des beschlagnahmten Habsburgvermgen und die Rückkehr der Habsburger.

Revolutionäre Arbeiter sitzen in den Kerkern der Republik, während die Hahnenschwanzler feberhaft den nächsten Putsch vorbereiten.

Mit Betteisapfen heuchelt die Bourgeoisie mit Hilfe der SP-Führer der Arbeiterklasse „soziales Verständnis“; in der Tat zieht sie die Schlingen immer enger.

Mit Riesenschritten geht die burgertliche Demokratie in Oesterreich ihrem unruckmachlichen Ende entgegen. Die Rothschildsanierung reißt sie mit in den Abgrund.

Grazer Arbeiter schafft die Einheitsfront

Der Faschismus propagiert offen die „Nacht mit dem langen Messer“, die Bartholomusnacht, in der zehntausende der besten Arbeiterelemente hingeschlachtet werden sollen. Ihr dürft nicht länger warten. Ihr steht am vorgeschobenen Posten des oesterreichischen Proletariats. In Eurer Stadt sitzt das Hauptquartier des oesterreichischen Faschismus. Von Euch muß die proletarische Abwehr beispielgebend für das oesterreichische Proletariat ausgehen.

Bildet einen Aktionsausschu für Graz und Umgebung.

Aus den Betrieben und proletarischen Organisationen, Gewerkschaften, Sport- und Kulturorganisationen entsendet Eure Vertreter in den Aktionsausschu, dessen Aufgabe es sein muß, eine überparteiliche revolutionäre einheitliche Abwehrfront der Arbeiterschaft herzustellen.

Ferner muß der Aktionsausschu die proletarischen Wehrformationen unter seiner Leitung zusammenfassen und den Schutz der proletarischen Gebäude, Organisationen, Zeitungen, Veranstaltungsorte und Arbeiterviertel einheitlich organisieren.

Der Aktionsausschu muß unter Kontrolle der Betriebsarbeiter und Arbeitslosen den gesamten Abwehrkampf gegen den drohenden Faschismus und den Hungerkurs des Rothschildregimes vorbereiten.

Verlasst Euch nicht auf die sozialdemokratischen Bonzen, sie wollen und können Euch nicht in den Kampf führen, sie sind nur zu einem fähig Euch kampfflos dem Faschismus auszuliefern.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein!

Offener Brief an alle Mitglieder der kommunistischen Partei, Graz

Werte Genossen!

Die letzte Tagung des Zentralkomitees unserer Partei hat sich endlich offen für die Anwendung der Einheitsfronttaktik ausgesprochen. Wir linken Kommunisten kämpfen, wie ihr aus dem „Mahnruf“ und unseren Versammlungen wat, im letzten halben Jahre besonders scharf für die Anwendung der leninischen Einheitsfronttaktik durch die Partei. In der gegenwärtigen Periode vermag unsere Partei ihre Aufgabe nur zu erfüllen, wenn es ihr gelingt, auf breiterer Grundlage die Einheit der Arbeiterklasse zum Abwehrkampf gegen den drohenden Faschismus herzustellen.

Wir warnen Euch vor jener defajistischen Katastrophendoktrin, die sich damit abfindet, dem Faschismus zur Macht kommen zu lassen, damit er abwirtschaftet und die sozialdemokratischen Arbeiter dann von selbst zum Kommunismus kommen werden. Eine solche Ideologie macht den Revolutionär zum kämpfen unfähig; stellt ihn praktisch auf eine Stufe mit den rechtsten sozialdemokratischen Bürokraten.

Aber auch jener kleinliche sektiererische Geist, der die proletarische Einheitsfront im Vorhinein davon abhängig macht, daß die großen Massen der sozialdemokratischen Arbeiter sich der Führung des ZK der KPOe. unterwerfen sollen, ist nur eine ultralinke Karikatur auf die Führerrolle der kommunistischen Partei.

Die kommunistische Partei kann sich nur durch eine leninische Politik und Taktik das Vertrauen des Proletariats erwerben und zur anerkannten Partei der Arbeiterklasse werden.

Wir wenden uns an Euch, in dieser gespannten und inhaltschweren Zeit, um gemeinsam mit Euch im Sinne unseres Aufrufes „Grazer Arbeiter schafft die Einheitsfront“

Wo steht die Arbeiterklasse!

In ihrer großen Masse noch abseits von der großen Front, die sich zwischen Kommunismus und Faschismus bildet. Die Entscheidung, ob der Faschismus oder der Kommunismus die bankrotte burgertliche Demokratie ablösen wird, ist ein Kampf zwischen der sich dem Faschismus verschreibenden Bourgeoisie und der Arbeiterklasse. Sozialismus oder faschistische Barbarei, es gilt zu entscheiden, es gilt den Entscheidungskampf vorzubereiten.

Der Sieg der Arbeiterklasse ist der Sieg des Kommunismus. Die revolutionäre Einheitsfront des Proletariats zu bilden, ist unsere dringendste Aufgabe. Wir linken Kommunisten werden Schulter an Schulter mit unserer Partei für die Herstellung der Einheit des Proletariats kämpfen.

Es gilt in den proletarischen Massenorganisationen für die Bildung berparteilicher Aktionsausschusse zu arbeiten, es gilt die Rote Front auf breiterer Grundlage herzustellen. Erweist die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse, so ist der Sieg gesichert.

gemeinsam ein Initiativkomitee zur Schaffung des Grazer Aktionsausschusses zu bilden.

Wir sind überzeugt, daß ein Zusammengehen der Kommunisten in der Frage des Kampfes gegen den Faschismus, bei den Grazer Arbeitern einen mächtigen Widerhall hervorrufen und zum Gelingen unseres gestellten Zieles gewaltig beitragen wird.

Wir erwarten daß ihr endlich die Sache des Proletariats höher stellen werdet, als Eure fraktionellen Ambitionen. Wir erwarten Eure Bereitschaft.

Die Bezirksorganisation Graz der Kommunistischen Linksoption.

Graz, Anfang Dezember 1931.

Einheit!

Ebenso alt wie die Arbeiterbewegung ist das Streben nach Einheit im Proletariat. Der nüchterne Sinn sagt jedem Arbeiter, daß zum erfolgreichen Kampfe die Einheit der Arbeiterklasse erforderlich ist. Es ist daher begreiflich, daß immer noch der Begriff Einheit eine starke Wirkung auf die Arbeiterklasse ausgeübt hat; im guten und schlechten Sinne. Um so begreiflicher aber in einer Zeit, in der die Arbeiterklasse von ihren erbitterten Feinden, die bis an die Zähne bewaffnet, zum Auersten entschlossen sind, bedroht ist.

Von rechts macht der Reformismus alle Anstrengungen, um die sich von ihm abwendenden Arbeiter — um der Einheit willen — weiter für seine staats-erhaltende, das kapitalistische System stützende Politik zu gewinnen und vom Kampfe gegen das Hungerregime abzuhalten. Von Links ruft die kommunistische Partei die Arbeiter zur „Roten Front“, um für ein Sowjetsterreich zu kämpfen. Dort die reformistische, die sozialdemokratische Einheit — hier die „Rote Front“, die kommunistische Einheit.

Die Einheit der Arbeiterklasse setzt aber Einheit im Willen, in Ziel und Mitteln des Kampfes voraus. Die Einheit wird dem Proletariat nur dann eine unüberwindbare Kraft sein, wenn sie erstens aufgebaut ist auf marxistisch-revolutionären Prinzipien und Kampfmethoden, zweitens, wenn sie sich stützt auf die aktive und selbsttagige Mitwirkung der Arbeiterklasse (Arbeiterdemokratie) und drittens, wenn die revolutionäre Avantgarde des Proletariats, ausgerüstet mit der marxistisch-leninistischen Theorie, Strategie und Taktik, in einer revolutionären Partei, in der kommunistischen Partei, organisiert ist.

Aus Obgesagtem geht hervor, daß die Einheit kein Fetisch, kein Dogma ist, sondern sich auf die realen Bedingungen und Erfordernisse des Klassenkampfes stützt. Daher ist nicht jede Einheit dem Proletariat zum Nutzen, führt nicht jede beliebige Einheit zum Sozialismus, sondern nur eine, in ganz konkrete und revolutionäre Grundsätze verwurzelte Einheit. Dagegen führt eine Einheit, die sich auf reformistische Grundsätze stützt — wie die Erfahrung zeigt — zum Faschismus.

Aber auch die Einheit, die sich zwar in den großen Weltanschauungstragen zu den kommunist-

wischen Grundsätzen bekämpft, aber in wichtigen theoretischen, strategisch-taktischen und politischen Fragen, vom Marxismus-Leninismus abweicht, ist ein Hindernis auf dem Wege zur Sammlung der entscheidenden Mehrheit der Arbeiterklasse im Lager der Roten Front. Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis. Die revolutionäre Theorie und Praxis äußert sich nicht, wie leider viele Kommunisten heute glauben, in radikal klingenden Phrasen. Der Prüfling, ob eine Theorie richtig, d. h. revolutionär ist, ist die Praxis; zeigt der Erfolg.

Somit ist die „Rote Front“, die Einheit der Arbeiterklasse auf revolutionärer Basis, — die Voraussetzung der kommunistischen Partei, die revolutionäre Disziplin der proletarischen Avantgarde, — nur zu verwirklichen, wenn die revolutionäre Führung des Proletariats mit beiden Füßen auf dem Boden des Marxismus-Leninismus steht. Lenin lehrt dem Weltproletariat:

„Wodurch erhält sich die Disziplin der revolutionären Partei des Proletariats? Wodurch wird sie kontrolliert? Wodurch wird sie gestärkt? Erstens durch die Erkenntnistätigkeit der proletarischen Avantgarde und ihre Hingabe für die Revolution, ihre Selbstbeherrschung, Selbstopferung, ihren Heroismus. Zweitens dadurch, daß sie es versteht, sich mit der breiten Masse der Werktätigen, in erster Linie mit der proletarischen, aber auch mit der nichtproletarischen werktätigen Masse zu verbinden, zu versöhnen, und wenn man will, bis zu einem gewissen Grade zu verschmelzen. Drittens durch die Richtigkeit der politischen Leitung, die von dieser Avantgarde verwirklicht wird, durch die Richtigkeit ihrer politischen Strategie und Taktik, unter der Bedingung, daß die breite Masse sich von der Richtigkeit durch eigene Erfahrung überzeugen kann. Ohne diese Bedingungen ist die Disziplin in der revolutionären Partei, die tatsächlich nötig ist, die Partei der revolutionären Klasse zu sein, welche die Bourgeoisie zu stützen und die ganze Gesellschaft umzugestalten hat, nicht zu verwirklichen. Ohne diese Bedingungen verwandeln sich die Versuche, Disziplin herzustellen, unvermeidlich in ein Nichts, in eine Phrase, in eine Komödie.“

Kaum eine einzige, der von Lenin formulierten Bedingungen zur Bildung der revolutionären Einheit des Proletariats, erfüllt die seit Jahren die KPO. und Komintern beherrschende Stalinbürokratie. Das Stalinregime ist eine büräkratische Karikatur auf ein vom Geiste Lenins erfülltes Parteiregime.

Stalin hat die Partei Lenins, die RKP, gespalten. Stalin sandte die alten bolschewistischen Kadern in Kerker und Verbannung nach Sibirien und ins Ausland (Trotzki). Mehr als 7000 Bolschewiken-Leninisten, der leninschere Kern der RKP, werden von der Stalinbürokratie auf das unflätigste beschimpft und verleumdet, weil sie 1927 für jene Forderungen gekämpft haben und verbannt wurden, mit denen sich Stalin vor dem Weltproletariat fälschlich rühmt: Den industriellen Aufbau und die Planwirtschaft, die Kollektivierung und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in der USSR.

Diese gewaltigen Erfolge sind zu verzeichnen, obgleich der Zentrismus (Stalin) das Programm der Linken Opposition nur teilweise und notgedrungen, bürokratisch von oben herab dekretiert hat; im ewigen Zick-Zack von den Stößen geschoben, die von der Klassenbasis der Sowjetgesellschaft ausgehen.

Der Zentrismus hat die Komintern gespalten und ihre Sektionen zu aktionsunfähigen, von höflichen Revolutionsbeamten geführten Parteien herabgewirtschaftet.

Der Zentrismus hat die chinesische Revolution im Jahre 1926/27 zugrunde gerichtet, das chinesische Proletariat seinen Henkern ausgeliefert, indem er in China dieselbe Politik verfolgte, als der Menschismus 1905 in Rußland.

Der Kommunismus ist in zwei Lager gespalten. Hier der von der Stalinbürokratie aus der Komintern ausgeschlossene bolschewistische linke Flügel, der für das Erbe Lenins, für den Sieg des Sowjetsystems im Weltmaßstab kämpft; dort die Stalinbürokratie, die zwar die Kominternparteien beherrscht und die Sowjetunion regiert, aber das Erbe Lenins so schlecht verwaltet, daß die Sowjetunion und der nahe Sieg der Weltrevolution aufs äußerste bedroht sind.

Der Zentrismus mußte die Komintern spalten, um sich an der Macht behaupten zu können; er knebelt die Komintern, beraubt die Kommunisten ihres revolutionären Rückgrates, setzt die Führer je nach den Bedürfnissen des „unfehlbaren“ Stalin und dessen Generallinie ein und ab.

Die linke Opposition, die Bolschewisten-Leninisten, kämpfen um die Einheit des Kommunismus als ihr oberstes Prinzip. Die Einheit der kommunistischen Weltpartei wird nur auf der Basis der Arbeiterdemokratie, der leninschen revolutionären Disziplin und der Lehren des Marxismus-Leninismus erfolgen.

Ebenso wie der Übergang des Proletariats von der reformistischen Einheit zur revolutionären Einheit ein Prozeß erbitterter Kämpfe zwischen Reformismus und Kommunismus ist, so ist die Wiederherstellung der Einheit der kommunistischen Weltpartei (Komintern) ein zäher und harter Kampf zwischen Zentrismus und Marxismus; wobei sich die Kampfmethoden des Reformismus und Marxismus ergänzen und decken.

Die Zerklüftung im Lager des Proletariats ist der objektive Ausdruck der Schlussfolgerungen, die das Proletariat aus den Klassenkämpfen zieht. Die Kunst der revolutionären Führung liegt darin, daß ihre Politik die entscheidenden Teile der Arbeiterklasse auf dem Boden des revolutionären Programms sammelt und es zum Siege führt. Der Zentrismus

spaltet die revolutionäre Avantgarde: links von sich der revolutionäre Flügel, den Sieger von morgen, rechts von sich, die Liquidatoren, als die parasitären Nutznießer der Zentristischen Fehler.

Immer dann, wenn die Einheit Selbstzweck wird, führt sie zur Spaltung, dort aber, wo sie Mittel zum Zwecke im revolutionären Klassenkampf ist, führt sie zur Einheit: Der Reformismus muß den revolutionären Flügel des Proletariats abspalten, der er verhält sich zu ihm wie Feuer zu Wasser. Der Zentrismus mußte den linken Flügel, die Bolschewisten-Leninisten aus der Partei ausschließen, um sich an der Macht zu behaupten. Für den Reformismus und Zentrismus ist die Einheit Selbstzweck; sie mißbrauchen den Einheitsdrang des Proletariats. Dem Bolschewismus unter Führung Lenins war die Einheit Mittel zum Zwecke im Dienste der Revolution. Von einer kleinen Minderheit führte sein Einheitsprinzip an die Spitze des russischen Proletariats, das sich unter seiner Fahne an die Spitze der Millionenmassen der Bauern stellte und so die gewaltigste Einheitsfront der Weltgeschichte verwirklichte und zum Siege führte. Der

Bolschewismus saugte die besten Strömungen und Elemente in der Arbeiterklasse in sich auf; der Zentrismus stößt sie ab.

Darin liegt auch das Wesen der Leninschen Einheitsfronttaktik. Jede Einheitsfronttaktik der kommunistischen Partei, die nicht ernstlich die Einheit im Dienste einer ganz konkreten Aufgabe stellt, in den Dienst realer Forderungen, die den Bedürfnissen der Lage entsprechen, muß scheitern, wird als Manöver von den Arbeitern gewertet werden und muß natürlich, diese scharfe Waffe zur Entartung des Reformismus abstumpfen.

Daher wird die Linke Opposition weiter kämpfen um die Wiederaufnahme in die Komintern, um die Einheit des Kommunismus und wird jeden Schritt der Parteiführung unterstützen, der zur Herstellung der revolutionären Einheit des österreichischen Proletariats beiträgt. In diesem Sinne entrollt die Linksopposition das Banner der revolutionären Einheit des Proletariats und der Leninschen Disziplin der revolutionären Avantgarde

Probleme der spanischen Revolution

Von Kurt Landau.

Die gewaltigen und weltgeschichtlichen Ereignisse, die sich vor unseren Augen auf der iberischen Halbinsel abspielen, sind von der Entwicklung der internationalen Revolution von so unermeßlicher Bedeutung, daß sie das größte Augenmerk aller revolutionären Arbeiter, vor allem aber aller Kommunisten, verdienen. Es ist ein Zeichen, wie tief die nationale Beschränktheit in die Sektionen der Komintern eingedrungen ist, daß sie fast ausnahmslos den Ereignissen in Spanien kein Interesse widmen und gar nicht den Versuch unternehmen, tiefer in die Probleme einzudringen, die die heranreifende spanische Arbeiterrevolution stellt.

So weit es aber die Komintern versucht, die Probleme der spanischen Revolution zu streifen, geschieht es in einer solchen Weise, die die ganze theoretische Verwirrung und Unwissenheit der gegenwärtigen Führung der Komintern in einer geradezu erschreckenden Weise offenbart.

Der Wall, den die Kriegszone zwischen der Oberrevolution und dem Proletariat im Westen aufrichtete, und der es auch den revolutionären Führern des westeuropäischen Proletariats ungeheuer erschwerte, einigermaßen genau das Geschehen in Rußland zu verfolgen, wird überboten durch den Wall der nationalen Beschränktheit, den die Kominternbürokratie zwischen der spanischen Revolution und den Sektionen der Komintern aufrichtete. Es ist fast unmöglich aus den spärlichen Verlautbarungen der Komintern auch nur das wichtigste darüber zu erfahren, mit welchen Programmen die einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums den Kampf um die Volksmassen führen, ja selbst die elementarsten Ziffern über die Kräfteverhältnisse zwischen den drei Strömungen in der Arbeiterbewegung, dem Kommunismus, Anarcho-Syndikalismus und Reformismus, über die genauen Ergebnisse der Corteswahlen oder selbst nur über die Parolen und über die Taktik der spanischen Partei fehlen fast vollständig. Unter solchen Umständen ist der Versuch, vom Auslande aus tiefer in die Grundfragen der spanischen Revolution in der gegenwärtigen Etappe einzudringen, überaus schwierig. Wenn wir den Versuch dennoch machen, so vor allem deswegen, weil das Wenige, das über die Strategie und Taktik der Schule Lenins in Spanien bekannt ist, genügt, um die revolutionären Arbeiter in der Komintern vor einem neuen opportunistischen Abenteuer zu warnen, das die spanische Revolution ebenso zugrunde richten muß — wenn es nicht verhindert wird —, wie die Taktik der Kominternführung die deutsche Revolution 1923, und 1926/27 die chinesische Revolution ruiniert hat.

1. Spanien im Feuer der revolutionären Umwandlung.

Unter den Schlägen revolutionärer Massenkämpfe und Streiks, die Spanien in der zweiten Hälfte 1930 erfüllten, ist die Monarchie Alfons XIII. zusammengestürzt. Die Wahlen des 14. April zeigten weithin, daß das herrschende Regime jeden Einfluß auf die Massen verloren hatte, und sie wurden zum sofortigen Signal der Massenerhebung. Das feudale Blutregime Alfonsos, das fast drei Jahrzehnte alle Ansätze eines bürgerlich-demokratischen Regierungssystems planmäßig zersetzt, die bürgerlichen Parteien korruptiert und schließlich die letzten verfassungsmäßigen Rechte durch die Militärdiktatur Primo de Riveras beseitigt hatte, stürzte fast ohne jeden Widerstand zusammen, einfach deswegen, weil sich im ganzen Lande niemand fand, der es gegen die erbitterten Volksmassen zu verteidigen wagen konnte.

Ueber Nacht verwandte das offizielle Spanien sein Gesicht. Die bürgerlichen Politiker, die jahrelang gehorsame Werkzeuge aller Schandtatens Alfonsos waren, entdeckten ihr republikanisches Herz. Die spanische Bourgeoisie, deren beispiellose Feigheit, deren wilder Haß gegen die Arbeiterbewegung die wichtigste Stütze der Monarchie gewesen war, sie wurde republikanisch. Die Paladine Alfonsos, die raubgierigen Großgrundbesitzer aus Kastilien, Andalusien und der Estramadura, die militärischen Schergen der Monarchie, die Henker der spanischen Arbeiterbewegung und die Schlichter der marokkanischen Bergvölker — sie alle stellten sich der Regierung zur Verfügung, die einen als Minister, die andern zur Niederwerfung der rebellischen Arbeiter von Sevilla, Barcelona und den übrigen Teilen Spaniens. Die „Freiheit“, gestern noch das verhetteste Wort des offiziellen Spaniens, wird zum beliebtesten Wort der spanischen Sprache und sie findet ihre Troubadoure bei allen Klassen und Ständen.

Die revolutionären Massen selbst wurden von dem Freiheitstaumel am stärksten ergriffen. Junge Kommunisten,

die, von der Revolution völlig überrascht, ihren bürgerlichen Charakter sehr wohl erkannten, aber es noch nicht gelernt hatten, revolutionäre Massen von ihren kleinbürgerlichen Illusionen zu befreien, wurden von den freitrittrunkenen Massen fest gelockt, als sie in den stürmischen Apriltagen durch Madrid zogen und riefen: „Nieder mit der Republik! Es lebe die proletarische Diktatur!“

In dem Maße, wie die verhassten Royalisten von der politischen Bildfläche verschwanden, wurde diese von den kleinbürgerlichen Republikanern besetzt. Unter diesen trat vor allem die kleinbürgerliche Linke, repräsentiert von den Sozialisten, in den Vordergrund, und drei Monate nach der Aprilrevolution trat diese Erscheinung bei den Corteswahlen mit besonderer Deutlichkeit hervor: die ehemals wüßige, im vorrevolutionären Spanien einflußlose Agentur der II. Internationale, die es kramphaft versucht hatte, in der Militärdiktatur Primos heimsitz zu werden, wurde zur stärksten Partei der Cortes.

Wohin führt die spanische Sozialdemokratie die Revolution? Wird sie es wagen, auch nur die bescheidensten demokratischen Forderungen zu verwirklichen? Während die Nationalversammlung (Cortes) tagt und den schändlichen Regierungsentwurf zur Bodenfrage berät — er sieht eine Enteignung der Kronen und auch diese nur gegen Entschädigung vor, und ebenso eine Enteignung brachliegender Latifundien gegen „angemessene Entschädigung“ — überfluten revolutionäre Massentriks das ganze Land; es erheben sich die Arbeiter von Sevilla, Barcelona, Cordoba und anderer Industriestädte; die verzweifelten kleinbürgerlichen Massen in der Estramadura, in Andalusien und in anderen Provinzen verkünden ungestüm ihre Forderungen. Haben die brennenden Klöster Europa ins Gedächtnis gerufen, daß der Sitz der Konterrevolution in den Bischofsstühlen der mächtigen und reichen Kirche ist, so künden jetzt die brennenden Felder der Großgrundbesitzer den wilden Haß der bis aufs Blut gepeinigten ländlichen Proletariat.

2. Das spanische Dorf in der demokratischen Revolution.

Das spanische Dorf ist neben dem ungarischen das einzige in Europa, in dem die feudalen Verhältnisse noch zu einem entscheidenden Teil unversehrt sind. Tiefes Elend, Analphabetentum, völlige Entrechtung — das sind die sozialen Verhältnisse, unter denen 70 Prozent der spanischen Bevölkerung zu leben gezwungen sind. Unter der Herrschaft der Monarchie haben sich im Dorfe Eigentumsverhältnisse erhalten, die an die schlimmsten im vorrevolutionären Rußland erinnern.

Eine halbe Million Kleinbauern und Kleinpächter haben einen oder sogar weniger als einen Hektar Boden, während 170 Großgrundbesitzer weit mehr als eine Million Hektar ihr eigen nennen.

Ueber die sozialen Verhältnisse im Dorf schreibt ein liberaler Schriftsteller kurz vor der Revolution — und die Revolution hat diese Verhältnisse nicht geändert:

„Kein Gesetz zwingt den Großgrundbesitzer zur Bewirtschaftung seines großen Besitzes... Der Großgrundbesitzer, der vielleicht ein paar Parzellen seines Besitzes zur Bewirtschaftung freigibt und von ihrem Ertrag lebt... reserviert den Rest für die Jagd, für die Aufzucht von Kampftieren oder auch nur für die Ehre seiner herzoglichen Krone.“ (S. de Madriaga, „Spanien“, Seite 130.)

Zeitungsmedlungen vom 21. August berichten, daß sich in der Provinz Andalusien 50.000 Landarbeiter in grenzenloser Not befinden, daß die Großgrundbesitzer ihre Felder nicht bestellen lassen. Daß es sich hier um ein erprobtes Kampfmittel handelt, erwähnte bereits der gleiche Schriftsteller:

„Beliebt es ihm (dem Großgrundbesitzer) aber, die Leute wieder arbeitslos, also krieg zu machen, so steht nichts ihm im Wege, auch nicht das Wissen, daß der Ertrag seines Besitzes um so und so viel fallen wird. Wir malen keine Phantasiebilder, wir schildern die Wirklichkeit.“ (S. 131.)

Nicht weniger vernichtend lautet das Urteil eines deutschen Professors, obgleich er die Diktatur Primo de Riveras verherrlicht:

„Diese Latifundien, die meist in Abwesenheit der lediglich an der Einziehung der Grundrenten und an der politischen Beeinflussung der Bevölkerung interessierten Grundbesitzer, von den Verwaltern nach eigenem Gutdünken und eigenen Interessen bewirtschaftet werden, weisen die unbefriedigendsten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Spanien auf. Zum Teil werden sie bebaut

durch Landarbeiter, die, vielfach von ihnen in der nächsten Landstadt lebenden Familien getrennt, bei ausgesprochenen Hungerlöhnen . . . selbstverständlich einen Herd sozialer und politischer Unzufriedenheit bilden." (Prof. Beckers, Weltwirtschaftliches Archiv, Juli 1931, S. 125.) Ueber die gegenwärtigen Lohnverhältnisse geben folgende Bemerkungen Aufschluß, in denen der Verfasser die Notwendigkeit einer Verbesserung der Lohnverhältnisse im Dorf klarlegt:

„312 Pesetas*) Durchschnittslohn bei einhundert Tagen Arbeitslohn für den Landarbeiter im Gebiet von Cordoba als ein Beispiel für viele sprechen eindringlich für diese Notwendigkeit“ (Wirtschaftsdienst Seite 1515).

Und vielleicht am stärksten ist das Zeugnis Prof. de los Rios, das S. de Madariaga anführt:

„Die Lage im nordwestlichen Spanien ist heute nicht anders als die, aus der wir aus dem Bericht von 1763 über die gutsherrlichen Rechte kennen.“

Der feudalen Verklammerung und dem grenzenlosen Hunger nach Land entspricht die elende materielle Lage der Bauern.

„Beispielsweise zeigen die Ziffern aus der Provinz Avila, daß von 13.350 Grundsteuerzahlern 11.452 von weniger als einer Peseta, 1758 Einkommen von weniger als 5 Peseten und 155 Einkommen von 5—8 Peseten am Tage leben. In dieser vom Durchschnitt nicht sehr abweichenden Provinz verdienen also 90 Prozent der Bauern weniger als der Durchschnitt der städtischen Arbeiter. Die Ziffern für den katastrierten Teil, etwa den dritten Teil Spaniens, führen zum gleichen Schluß. Von 1.026.412 steuerpflichtigen Landwirten haben 1.007.616 einen täglichen Verdienst von weniger als 8 Peseten, 867.348 von weniger als einer Peseta.“ (S. de Madariaga: „Spanien“, S. 130.)

Zahllose besitzlose Kleinbauern fristen als Landarbeiter ein elendes Dasein, und in den Provinzen, in denen der Großgrundbesitz vorwiegt, wie in Andalusien und in Estramadurien sind zehntausende überschüssige landwirtschaftliche Arbeitskräfte, für die es weder Arbeit noch Brot gibt.

*) 1 Peseta x ca. 38 Pfennige x 65 österr. Groschen.

Soziale Kämpfe von unerhörter Wildheit kennzeichnen die Geschichte des spanischen Dorfes. Bauernaufstände, brennende Öster, bewaffnete Erhebungen sind fast ebenso zahlreich wie im zaristischen Rußland.

Aber trotz mehrfacher Versuche gelingt es den spanischen Bauern noch weniger als den russischen, als selbständig handelnder politischer Faktor die politische Arena zu betreten. Bauernaufstände in den Achtzigerjahren, wie der der schwarzen Hand, die 50.000 Mitglieder umfaßte, und das feudale Andalusien in Schrecken versetzte, oder der Bauernaufstand in Jerez (1892) sind häufig unterdrückt worden, ohne die Lage im Dorf zu ändern.

Im Gegensatz zum vorrevolutionären Rußland, in dem die kleinbürgerliche Partei der Sozialrevolutionäre tiefe Wurzeln im Dorf besaß, hat das spanische Dorf weder eine eigene Partei hervorgebracht, noch aber hat es sich unter den Fahnen einer kleinbürgerlichen, halbstädtischen-halb-ländlichen Partei gesammelt. Welche Rolle wird das Dorf nun in der demokratischen Revolution spielen? Wird ihm nunmehr eine selbständige Rolle zufallen?

Nach den Erfahrungen in Rußland und China verneinen wir diese Frage ganz entschieden. Das Dorf wird entweder im Schlepptau einer bürgerlichen städtischen Partei die Reserve der Konterrevolution bilden oder es wird dem Proletariat gelingen, sich an die Spitze des Kampfes für die bäuerlich-demokratischen Forderungen zu stellen (wie in Rußland), dann wird unter der politischen Hegemonie des Proletariats die Befreiung des spanischen Bauern erfolgen.

Aus dem Kampf für das Dorf und an der Spitze des Dorfes wird das spanische Proletariat zur Aufrichtung seiner Klassenherrschaft, der proletarischen Diktatur gelangen und im Gefolge der demokratischen Aufgaben die sozialistischen in Angriff nehmen.

Wer das nicht begriffen hat, der hat nichts begriffen von den Triebkräften der proletarischen Revolution in einem rückständigen Lande.

Leider gibt es aber solche „Nicht-Begreifende“. Und was ihr „Nicht-Begreifen“ zu einer tödlichen Gefahr für die spanische Revolution macht, ist — daß sie an der Spitze der Komintern stehen. (Fortsetzung folgt.)

Hindische Devjzen einströmen, sinken die bei der Reichsbank vorhandenen Bestände von Woche zu Woche, trotz der steigenden Aktivität der Handelsbilanz, einfach deswegen, weil die deutschen Exporteure ihre Exporterlöse im Ausland stecken lassen, in Sicherheit bringen.

In wenigen Monaten, Mitte Juni, sollen die Reparationszahlungen von neuem beginnen. Aber inzwischen wankt der Staatshaushalt, da die Steuererlöse durch die passive Resistenz der Bourgeoisie sinken, da die Zollerträge infolge der Schrumpfung des Massenkonsums fallen; von der Seite der Gemeinden her, die durch die wachsende Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen mit dem Zusammenbruch bedroht werden, wächst der allgemeine Zusammenbruch der „öffentlichen Hand“.

Das deutsche Kapital ist unfähig, seine privaten Schulden zurückzuzahlen; es ist nicht in der Lage, seine politischen Schuldverpflichtungen zu erfüllen. Es steigert wohl seinen Export. Aber seine eigenen Kapitale haben jedes Vertrauen zu dem sinkenden Schiff verloren und die Kapitalflucht wächst trotz aller Regierungsdrohungen.

Während so von Deutschland her die Widersprüche des Weltkapitalismus von einer gewaltigen Verschärfung bedroht werden, brennt es in den kleinen mitteleuropäischen Staaten bereits lichterloh. Oesterreich und Ungarn, vom schwersten Fieber der Wirtschaftskrise geschüttelt, stehen am Vorabend politischer Umwälzungen. Nach der Niederlage des deutschorientierten, nationalen Flügels der österreichischen Faschisten, erhebt jetzt der monarchistische Flügel sein Haupt und bereitet den Umsturz vor. Während in Ungarn das halbfaschistische Regime zerbröckelt und einzelne seiner Teile durch blutige Abenteuer vergeblich eine Renaissance des bankrotten Regimes versuchen, wächst die breite legitime Konterrevolution, die Wohlstand den Klassen, das neue Reich der Stefanskrone und sogar die Demokratie aus den Händen Otto Habsburgs verdrängt.

Wir stehen mitten in einer Zeit der gewaltigsten sozialen Umwälzungen. Die Wahlerfolge der Konterrevolution in Deutschland und England sind nur die Schatten, die die Freigabe voraus werfen. — Das kapitalistische System, in seinen Grundfesten tödlich erschüttert, versucht sich zu retten, indem es in den verschiedenen Ländern seine Herrschaftsmethoden zu ändern versucht, um die Klassenherrschaft und Wirtschaftsordnung als solche unangestastet zu lassen. In den Ländern der bürgerlichen Demokratie, wo die Wirtschaftskrise die „parlamentarische Ordnung“ über den Haufen wirft, geht die Bourgeoisie zum Faschismus über, sei es zum offenen Faschismus, wie in Deutschland, sei es zum monarchistischen Flügel des Faschismus, wie in Oesterreich oder nur zum extremen Konservatismus, wie in England.

In den Ländern der faschistischen Diktatur oder der Herrschaft ähnlicher konterrevolutionärer Regierungssysteme, versucht die Bourgeoisie durch demokratische Konzessionen ihre Klassenherrschaft zu retten. Das beste Beispiel dafür ist Spanien; es ist durchaus wahrscheinlich, daß die gesteigerte Aktivität der bürgerlichen, antifaschistischen Konzentration in Paris nur der Reflex unterirdischer Bestrebungen der italienischen Bourgeoisie ist, sich zu retten, wenn der Faschismus durch den Massensturm hinweggefegt wird.

Aber der Wechsel der Regierungsmethoden kann den Bankrott des gesellschaftlichen Systems nicht verhüten. Einen neuen Aufstieg, eine wirkliche Überwindung der Krise kann die Bourgeoisie mit diesen Mitteln nicht erzielen. Aus diesen unlöslichen Widersprüchen im Kapitalismus führt kein anderer Weg ins Freie. Unter der Herrschaft des Kapitalismus gibt es nur eine einzige Möglichkeit, eine neue Atempause zu gewinnen, und das ist ein neuer Weltkrieg, eine neue Verteilung der Welt. Die Vernichtung der Produkte — und nichts anderes ist vom ökonomischen Standpunkt der Krieg — ist die letzte Möglichkeit, um der Produktivkräfte im kapitalistischen Sinne Herr zu werden.

Manche meinen, angesichts dieser Lage, insbesondere angesichts der drohenden faschistischen Gefahr: Wir stehen mitten in einer konterrevolutionären Periode, in der die Arbeiterklasse nur ein Ziel hat, nämlich sich zu verteidigen.

Ja, es muß offen ausgesprochen werden, es sind nicht wenige, die sich bereits „reisefertig“ machen; ja, es gibt solche, wir sprechen hier nur vom revolutionären Lager, denn bei der Sozialdemokratie ist das ganz und gar nicht verwunderlich, da sie bereits auf die Flucht vorbereitet. Manche schwärmen von Holland, andere von der Schweiz und Moskau wird sich großen Zuspruchs erfreuen können. In vielen staatlichen Stellen, wo sozialdemokratische höhere Funktionäre mit faschistisch gesinnten Bürokraten zusammenarbeiten, wird eine sanfte unmerkliche Annäherung der Leute von gestern an die Leute von morgen wahrgenommen.

Die letzten Ereignisse, insbesondere die Enthüllung der „nächsten Aufgaben“ der Faschisten, wie sie das bekannte Programm der hessischen Faschisten skizziert, haben den Arbeitern die Augen geöffnet, wohin sie kämen, wenn sie auf das „Abwirtschafte des Faschismus“ warten würden. Die hessischen Wahlen selbst, mit ihrem ungeheuren Wachstum des Faschismus, die steigende außerparlamentarische Aktivität der Faschisten, sie zeigen, wie jammervoll die Bedingungen jener Scheinrevolutionäre waren, die uns vom „Stillstand des Faschismus“ zu melden wußten und die sich die Machtübernahme durch die NSDAP als eine „kalte Revolution“ vorstellen. Gerade die Kapitalistenklasse, die auf der einen Seite den Charakter der Flucht vor sich hat, auf der anderen Seite der Abwartestimmung tragen, muß der unvermeidliche Kampf geführt werden.

Gerade die Krise, die nicht nur die Arbeitermassen aufrüttelt, ihnen den Bankrott des Reformismus vor Augen führt, sondern auch die bäuerlichen Massen alarmiert, schafft die breitesten Voraussetzungen für eine revolutionäre Umwälzung der Gesellschaftsordnung. Wohl müßen wir uns, da durch die ungeheuren Verbrechen der Sozialdemokratie und die opportunistische Politik der Führung der KPD die Welle des Faschismus so erstickt ist, zunächst die Verteidigungspositionen beziehen. Das bedeutet aber nicht daß wir auf dieser Position stehen bleiben müssen. Das Kräfteverhältnis für die proletarische Revolution hängt auch weit-

Die Schlinge wird enger . . .

Nach dem gewaltigen Wahlsieg der englischen Konservativen jubelten die Prädicanten des kapitalistischen Systems: England werde nun, „nach der Vernichtung des Marxismus“ der Welt ein Beispiel geben, wie mit kapitalistischen Methoden die Krise überwunden wird.

Als Laval über den Ozean fuhr, da hofften die demokratischen Verfechter der kapitalistischen Ordnung, daß ein Übereinkommen zwischen den zwei Repräsentanten der gegenwärtig tonangebenden imperialistischen Staaten zu einer weltwirtschaftlichen und weltpolitischen „Beruhigung“ führen werde.

Es ist anders gekommen. Wenige Wochen nach dem „überwältigenden“ Wahlsieg der englischen Tories wankt das valutatische Gebäude Englands unter neuen Erdstößen. „Wäh! ihr Labour, so stinkt das Pfund auf Null!“, hatten die Wahlagitatoren der Konservativen und die Bande Macdonalds in tausenden Versammlungen, Artikeln und Reden gedroht — nun, die breiten Massen der englischen kleinbürgerlichen und große Massen der proletarischen Wähler haben die Konservativen gewählt, das Pfund aber sinkt weiter, immer tiefer und kein Mensch weiß, bis zu welcher Grenze französische Bankiers, amerikanische Pfundbesitzer, sie alle, die infolge der internationalen Verpflichtung des Finanzkapitals mit dem Pfund eng verbunden sind, bezahlen mit einem vorläufig 33prozentigen Verlust, den Sturz der englischen Währung. Aber nicht nur die Bankiers. Inflationspreise der englischen Industrie schlagen auf dem Weltmarkt amerikanische, deutsche, französische und belgische Waren, englische Kohle dringt selbst in Deutschland rasch vor, obgleich auf den Kohlenhalden Millionen Tonnen lagern, englische Baumwollprodukte erobern sich neue Märkte und englische Schutzzölle sperren in steigendem Maße der ausländischen Industrie die Märkte Großbritanniens. Langsam sinkt die Arbeitslosigkeit in England, unvergleichlich rascher aber das Lebensniveau der Arbeiter, deren Löhne scharf gesenkt werden und die mit einer Verteuerung der Lebensmittel den Sturz des Pfundes bezahlen müssen. Der neue Kurs der englischen Bourgeoisie, der nicht, wie manche besonders kluge bürgerliche NationalökonomInnen meinen, ihrer Genialität entstammt, sondern ihr von der Not aufgezwungen wurde, beseitigt nicht die englische Dauerkrise, sondern schwächt sie leicht ab, verhindert den unmittelbaren Zusammenbruch des englischen kapitalistischen Systems. Aber die gleichen Maßnahmen, die zu dieser englischen „Abschwächung“ führen, steigern die Schwierigkeiten der übrigen imperialistischen Staaten, verschärfen die internationale Krise des Kapitalismus, insbesondere die Krise in Deutschland. Hier offenbart sich uns mit seltener Anschaulichkeit der widerspruchsvolle Charakter des gesamten Systems des Kapitalismus.

Zerrüttet der neue Kurs in England das ganze System des internationalen Kapitalismus in steigendem Maße, so zeigt uns die Entwicklung der Beziehung zu amerikanischen zum französischen Kapitalismus, die Unmöglichkeit der Herstellung eines Gleichgewichtes im Kapitalismus mit normalen Mitteln. Es gibt, insbesondere im Lager der Sozialdemokratie, heute sehr viele und „sehr gebildete“ Oclechte, Leuchttürme der Nationalökonomie und häufig auch leicht vom Marxismus angehaucht, die voller Schrecken die Verschärfung der Krise verfolgen und „im Namen der Vernunft“ die prächtigsten Ratschläge geben, was geschehen müßte, um mit vereinten Kräften die Weltkrise zu überwinden.

Die Herren haben nichts begriffen von den grundlegenden Widersprüchen des Kapitalismus, die eine internationale Gemeinsamkeit der kapitalistischen Welt ausschließen. Auf die einfachste Formel gebracht, kann man

diesen Widerspruch so ausdrücken: was für den einen gut ist, ist für den anderen schlecht.

Mit besonderer Deutlichkeit läßt sich dies an der wichtigsten internationalen Frage nachweisen, die zum gefährlichsten Herd neuer Erschütterungen ökonomischer und politischer Natur werden wird — an der Stellung Amerikas und Frankreichs zu deutschen Krise.

Als Deutschland Mitte Juni infolge der Rückzüge der kurzfristigen Kredite und der Kapitalflucht seiner eigenen Kapitalisten vor dem Bankrott stand und sich Hindenburg mit einem Hilferuf an den Präsidenten Hoover wandte, da verkündete Amerika die Stundung der Reparationszahlungen für ein „Feierjahr“. Die amerikanischen Bankiers, die ungefähr 75 bis 40 Prozent der kurzfristigen Kredite an Deutschland und wahrscheinlich ebensoviele, wenn nicht größeren Anteil an den langfristigen Anleihen besitzen und die mit Milliarden an deutschen Industrien mitbetitelt sind, sie sagten zu Hoover: In erster Linie muß Deutschland seine Privatschulden zahlen, dann erst seine politischen, das sind die Reparationen. So kam das Hooverjahr zustande.

Der Widerstand Frankreichs ist bekannt. Ebenso, daß es Frankreich gelang, bei der Unterredung Laval mit Hoover seinen Standpunkt, daß der Youngplan aufrecht erhalten werden müsse, siegreich durchzusetzen. Die Pariser Börse hat sowohl England, wie Amerika durch entsprechenden Druck auf die Währung „belehrt“.

Der Widerstand Frankreichs stammt nicht aus der „besonderen Infamie“ des französischen Imperialismus, wie die nationale Rotte in Deutschland verkündet. Die imperialistischen Mächte sind einander wert. Der Gegensatz zwischen Frankreich und Amerika stammt aus ihren entgegengesetzten Interessen in der deutschen Frage. Amerika ist in erster Linie, wie bereits ausgeführt wurde, an der deutschen Privatwirtschaft interessiert. Frankreich dagegen besitzt nicht mehr als 122 Millionen Mark kurzfristiger Anleihen in Deutschland, im Gegensatz zu Amerika, das über 2 Milliarden und England, das weit mehr als eine Milliarde kurzfristiger Anleihen nach Deutschland vergab. Frankreich ist also an dem „Einfrieren“ der deutschen Privatschulden nur sehr wenig, dagegen entschieden an der Mobilsierung der jährlich 2 Milliarden Reparationsgelder interessiert.

Bekanntlich ripfelt die „Außenpolitik“ des deutschen Faschismus in der dümmsten Spekulation auf diese Gegensätze. Herr Hitler erklärt der spöttisch anerkennenden Welt des Finanzkapitals, daß der Faschismus in Deutschland die private Verschuldung Deutschlands voll anerkenne, dagegen nicht die politischen Schulden. Auf diese Weise glauben die „Außenpolitiker“ Hitlers, zu einem Interessenblock Amerika-England-Italien-Deutschland gegen Frankreich zu gelangen. Sie belieben nur zu vergessen, daß die Uebermacht des französischen Finanzkapitals dank der Fügigkeit seines Kapitals, das weder in Deutschland, noch in den lateinamerikanischen Staaten oder Australien „eingefroren“ ist (siehe England und Amerika), eine solche gewaltige ist, daß ohne den französischen Kapitalismus kein Übereinkommen mit irgendeiner Großmacht getroffen werden kann. Das bedeutet, daß auch der deutsche Faschismus wird Reparationen zahlen müssen. —

Wie aber den Zusammenbruch des deutschen Kapitalismus verhindern, wie ihn befähigen, seine wirtschaftlichen und politischen Schuldverpflichtungen zu erfüllen? In wenigen Wochen (19. Februar) geht das Stillhalteabkommen zu Ende, werden die kurzfristigen Anleihen im Betrage von 51 Milliarden fällig. Aber statt, daß nach Deutschland aus-

gehend von internationalen Faktoren ab. Wohl wächst auch in Oesterreich der Faschismus, aber das Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Konterrevolution ist dort viel günstiger als in Deutschland, trotz der zahlenmäßigen Schwäche des Kommunismus. In Ungarn wächst nicht nur die legitimierte Welle. In den Industriezentren wächst der alte, kämpferische Geist der Kommune von neuem empor, in den Dörfern der Tiefebene wendet sich der Bauer voller Ingrim gegen die Magnaten, und der Landarbeiter spricht, ohne vielleicht jemals kommunistische Agitatoren gehört zu haben, in der revolutionären Sprache des Bolschewismus.

Eine neue Welle der proletarischen Revolution reißt heran, neue Bundesgenossen erwachsen dem Proletariat in den Massen, die durch die Agrarkrise mit dem nacktesten Elend bedroht werden. Alles, alles wird jetzt davon abhängen, ob es die Kommunisten verstehen werden, wirkliche ernste Massenaktionen zu organisieren, die Arbeiterklasse zum revolutionären Kampf zusammenschweißen.

Die Schlänge der inneren und äußeren Widersprüche wird enger. Angstvoll schnappt der deutsche Kapitalismus, der schwächste innerhalb der Großmächte, nach Luft. Bereit, die heranreifende sozialistische Umwälzung im Blute zu ersticken, sammelt er alle seine mobilen Kräfte innerpolitisch im Lager des Faschismus.

Alles, alles wird davon abhängen, ob die Kommunisten rechtzeitig es verstehen werden, zur führenden Kraft in der deutschen Arbeiterbewegung zu werden. Wird die Partei versagen wie 1923, wird sie kampflös ausweichen oder unvorbereitet sich zum Kampf provozieren lassen wie 1921, dann würden alle objektiv revolutionären Möglichkeiten umsonst, dann wird der Sieg des Faschismus unvermeidlich werden.

Apostel Lunatscharski

Lunatscharski hat Wien besucht und sich zur allgemeinen Befriedigung verhalten. Die „Rote Fahne“ ist zufrieden, weil er bereits den „wirtschaftlichen Sieg des Sozialismus“ in der Sowjetunion konstatiert; die „Arbeiter-Zeitung“ vermerkt wohlwollend, daß er „jeden Angriff auf den mittel- und westeuropäischen Sozialismus unterlassen“ hat und die bürgerlichen Blätter sagen ihm nichts öbles nach Lunatscharski, der sich lieber foltern ließe, als er sich mit einem „Trotzkisten“ in eine Diskussion einlasse, fand es sehr treffend, mit „Sozialfaschisten“ und einer Dame der christlichsozialen Partei (also nach der „R. F.“ mit einer Faschistin) über die Kultur in Sowjetrußland zu diskutieren. Und bevor er abreiste, besuchte er das rote Wien und seinen Bürgermeister Seitz, sprach sich sehr lobend über das Gesehene aus und erklärte, daß Rußland von den Spitzeleistungen der Wiener Schulreform manches lernen könne. Und das gerade in der Zeit, wo die „Rote Fahne“ den Bankrott der Gemeinde Wien feststellen zu müssen, als Wahrzeichen bolschewistischer Gesinnung vorschreibt. Wer wird von Moskau einen Wink mit dem Zaunpfahl erhalten — Lunatscharski oder die „Rote Fahne“?

Von den allgemeinen Lobgesängen auf die Führungsschiff von Gnadens Stalins brachte der Vortrag Lunatscharskis eine bis ins Märchenland gehende Darstellung der Theorie vom Sozialismus in einem Lande. Nach seinen Worten hält Stalin in 10 Jahren den Sozialismus in Rußland vollendet, bis auf den Staat und die Armee, die erst nach dem Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab abgeschafft werden können. Danach hat also die russische Opposition bis ans Lebensende in der Verbannung und Kerker zu bleiben. Das in einem Lande, wo der „Sozialismus wirtschaftlich gesiegt hat“ die Regierung von Jahr zu Jahr erbitterte Kämpfe um Ablierung des Getreides zu führen gezwungen ist und in ganzen Distrikten bis in die obersten Instanzen Säuberungen vornehmen und selbst die Staatsgüter unter spezial Kontrolle stellen muß, scheint unseren Apostel nicht zu stören.

Aber den Apfel schließt unser guter Professor des Stalinismus mit folgenden Worten ab, die die „Rote Fahne“ vom 26. November bedenkenlos ihren Lesern zum besten gibt.

„Die Sowjetunion will den Frieden. Wir sind bereit, mit dem Kapitalismus in friedlichen Wettbewerb zu treten. Denn das System, das imstande ist, den Menschen Arbeit und Brot und damit ein höheres kulturelles Leben zu gewähren, wird der Sieger sein.“ (Stürmischer Beifall, der minutenlang anhält.)

Es ist verständlich, wenn die „Arbeiter-Zeitung“ gegen die Propaganda solcher kommunistischer Prinzipien nichts einzuwenden hat. Welch zahme Note, nur dem Kapitalismus in friedlichen Wettbewerb zu treten! So predigt der russische Stalinist, während die deutschen Kommunisten durch ihren neuen Apostel Scherjinger, auf den nationalen Krieg gegen Frankreich eingestellt werden. Welch ein verbrecherisches Spiel hier mit dem Weltproletariat getrieben wird, kann man nur ermaßen, wenn man sich die drohende Gefahr des Ueberfalles des Weltkapitals auf die Sowjetunion vor Augen führt. Welch ein Verbrechen, auch nur einen Augenblick das Proletariat im Glauben zu lassen, daß ein friedliches Zusammenleben der kapitalistischen Staaten mit der Sowjetunion möglich sei; daß ein friedlicher Wettbewerb über Kapitalismus und Sozialismus entscheiden werde. Daß die Apostel Stalins heute so sprechen, zeigt, in welche Sackgasse die „Theorie vom Sozialismus in einem Lande“ die Sowjetunion geführt hat. Statt sich auf die Komintern und ihre Sektionen stützen zu können, muß sich der Stalinismus um den Beifall der kleibürgerlichen und intellektuellen Freunde der Sowjetunion bewerben. Wir bezweifeln sehr, ob der Bericht über den Schluß des Vortrages ebensolchen Beifall zu verzeichnen gehabt hätte, wenn Lunatscharski den Vortrag im Geiste Lenins geschlossen haben würde.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Adolf Daniel, Wollzeile 1, Wien, 2. Bez., Gumpelstraße 1. Verleger, Gusto Schuma, Holzgasse 1, Wien, 2. Bez., Wollzeile 24. (Im Verlage der Intern. Arbeiterpartei.) Druck: „Strotz“, Wien, 2. Bez., Zwickelstraße 62B.

„Trotzkisten“ weisen den richtigen Weg

Unser Kampf um die Anwendung der Einheitsfronttaktik durch die KP und die revolutionäre Arbeit in den proletarischen Organisationen zur Gewinnung der SP-Arbeiter für den Kommunismus hat, wie wir im letzten „Mahnruf“ nachgewiesen haben, endlich bei der Stalnbürokratie, die heute die Partei führt, Verständnis gewonnen. Hier wieder einige Beispiele:

„Mahnruf Nr. 20 (Anfang Oktober):
„Es ist notwendig, die KP. ideologisch, politisch und organisatorisch zu stärken und zu gesunden, aber ebenso notwendig ist es, in den proletarischen Organisationen und vor allem in den Gewerkschaften gegen die Tolerierungspolitik der Führer und für die Lösung der Krise auf Kosten der Besitzenden zu kämpfen.“

„Nur in dem Maße, als es der KP. gelingt, in diesen proletarischen Massenorganisationen den Widerstand der Arbeiter gegen die bürgerliche Politik ihrer Führer zu entfalten, wird sich der Einfluß der KP. auf die Arbeiterschaft und damit Massenwiderstand gegen den Hungerkurs der Bourgeoisie entfalten. Nur so werden die Arbeiter den wahren Charakter ihrer Führer erkennen und in Massen zum Kommunismus stoßen.“

Mögen insbesondere die Grazer revolutionären Arbeiter sich daran erinnern, wie die Jünglinge Stalins, gegen diese Losungen der Linksoption Sturm gelaufen sind. Jetzt müssen sie unter dem Drucke der Tatsachen einsehen, daß es zur Gewinnung der Mehrheit des Proletariats keinen anderen Weg gibt. Damit ist zwar ein sehr wichtiger Faktor im Sinne einer Leninistischen Politik korrigiert. Aber unendlich weit ist dennoch die Politik des ZK unserer Partei vom Leninismus entfernt. Die Aufnahme der Linken Opposition in die Partei muß erkämpft werden.

Das Rothschildskandal ma auf der Anleihebank.

Die Rothschildsanierung bedurfte der größten „Loyalität“ der bürgerlichen Presse. Es gab den bis zum Himmel stinkenden Skandal zu vertuschen. Daher ist es begreiflich, daß 600.000 Schilling im Budget der Credit-Anstalt für Pressesubventionen aufgebracht wurden. Was mit Geld und „höheren“ Staatsinteressen nicht zu korumpieren war, das mußte der Staatsanwalt unter seinen besonderen Schutz nehmen. Und so wurde die „Rote Fahne“ förmlich wegen ihrer Artikel, die den Rothschildskandal aufzeigten, konfisziert.

In der am 1. Dezember vor dem Schöffensenate anberaumten Verhandlung gegen fünf Redakteure der „Roten Fahne“ wurde dem Staatsanwalt Dr. Schwarz unter der Wirkung des von den Kommunisten vorgelegten Materials so übel, daß er „wegen Uebermüdung“ die Vertagung der Verhandlung forderte. Obwohl der größte Teil der Beweisunterlagen des Rechtsanwaltes Dr. Wachs abgelehnt wurde, hat der Gerichtshof die Verhandlung zum Zwecke der Ladung des Präsidenten der Nationalbank, Dr. Reich, vertagt. Somit wird sich einer der Hauptschuldigen der Katastrophe vor Kommunisten zu verantworten haben.

Was uns Arbeiter schreiben.

Das Grazer Zentralarbeitslosenkomitee.

Letzten Freitag organisierte das entralarbeitslosenkomitee von Graz eine Versammlung, die aber von der Partei völlig sanciert wurde, weil sie nicht restlos ihre Wünsche durchsetzen konnte! Es wurden viele Forderungen, zu überspitze Forderungen aufgestellt, die durch Deputationen dem Stadtrat und Landtag, sowie den Betriebsräten zugestellt werden sollen. Da ist zum Beispiel die Forderung der Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung um 50 Prozent, an die selbst die Arbeitslosen nicht glauben in einer Zeit des allgemeinen Lohn- und Unterstützungsraubes.

Ueberhaupt ist die Taktik des Betzels bei den Stadträten und den Abgeordneten absolut falsch, denn so lange diese Herren wissen, daß keine Macht hinter diesen Forderungen steht, werden sie sich wenig darum kümmern. Es handelt sich um das Wie, wie die unmittelbaren Forderungen verwirklicht werden können. Gen. Koch ergriff auch das Wort und zeigte auf Grund unseres Notstandsprogrammes den Weg, den die Arbeitslosen in Gemeinschaft mit den Betriebsarbeitern gehen müssen, um zu ihren Rechten zu kommen. Der Beifall, den unser Genosse erntete, zeigt, daß die Arbeiter für richtige Politik Verständnis haben.

Die Arbeiter und Arbeitslosen dürfen sich nicht auf das Verständnis der Unternehmer und ihrer Stangenhalter, sondern einzig und allein auf ihre eigene Kraft verlassen. Das Gebot der Stunde ist nicht, Deputationen zu den Herrschaften zu senden, sondern es müssen vorerst Organe, das sind Aktionsausschüsse, organisiert werden, um die Forderungen des Notstandsprogramms mit den Betriebsarbeitern zu erkämpfen.

SP-Koll.

Ein Genosse schreibt uns aus Graz: Als Genosse Daniel in den Juliensälen am 3. Oktober Lenin zitierte und von der Notwendigkeit sprach, in den proletarischen Massenorganisationen im revolutionären Sinne zu arbeiten, antwortete ihm der Sprecher der Stalinisten, er sei ein SP-Koll. Mirzer verwickelte auf die Generallinie des ZK., das den Ausbau der kommunistischen Organisationen, insbesondere der RGO, als die einzigen Organisationen der „Roten Front“ bezeichnete. Nun lese ich in der „Roten Fahne“ vom 5. September folgendes:

„Unsere Lösung: Jeder Kommunist in mindestens einer Massenorganisation tätig, hat unsere Gegner ins Mark getroffen.“

Leider unterschätzen unsere Parteigenossen noch vielfach die Arbeit in den Massenorganisationen; dabei gibt es bei den Genossenschaften, bei den Mietern, in den Kulturorganisationen, und vor allem in den Sportorganisationen, wo sich die Arbeitersportler die arbeitserfüllende Politik der Valö- und Auköbrenzen nicht länger gefallen lassen wollen.“

Was sagt Mirzer jetzt? Ist sein Kopfsack auch SP-Koll geworden? Oder hat das ZK. wieder einmal hinter dem Rücken der Mitglieder die Generallinie um 90 Grade ge-

„Rote Fahne“ vom 28. November:

„Revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften, nicht und ausdauernde Arbeit zur Revolutionierung der Gewerkschaftsmitglieder...“

„Verzweifelte Anstrengungen um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter in den gewerkschaftlichen Ortsgruppen und Zellen. Steigerung unserer revolutionären Arbeit in den gewerkschaftlichen Organisationen bei gleichzeitiger Entlarvung der arbeitserfüllenden Tätigkeit der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie an Hand von Beispielen aus den Lohn- und Arbeitskonflikten, bei der Rothschild-Sanierung und bei der zweiten Genfer Sanierung.“

schwenkt? Ich glaube, letzteres ist der Fall. Es ist sehr bezeichnend, daß die „R. F.“ diese Lösung als das allerneueste hinstellt. Als ob die Komintern sie nicht schon am 3. Weltkongreß gegeben hätte. Freilich, nach den jahrelangen Abenteuerstücken der Stalinisten dürfte ihnen diese alte bewährte Lösung wieder neu vorkommen. Was weiß übrigens Mirzer vom 3. Weltkongreß. Damals kannte kein Arbeiter Westeuropas Stalin, daher interessiert den Stalinjüngern auch der 3. Weltkongreß und seine Beschlüsse nicht. Denn es könnte darin „Trotzkismus“ enthalten sein. Aber für uns ist es eine Genugtuung, daß diesen stalinistischen Jünglingen sobald die Worte des Gen. Daniel in der „Roten Fahne“ als oberstes Gebot aufgetragen wird.

Stalinismus oder Leninismus.

„Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Daraus folgt, daß der Sieg des Sozialismus anfänglich in wenigen oder sogar in einem einzelnen kapitalistischen Lande möglich ist. Das siegreiche Proletariat dieses Landes wird, nachdem es die Kapitalisten expropriert und bei sich die sozialistische Produktion organisiert hat, sich gegen die übrige kapitalistische Welt erheben, indem es die unterdrückten Klassen der anderen Länder für sich gewinnt, in diesen den Aufstand gegen die Kapitalisten herbeiführt und nötigenfalls sogar mit Militärgewalt gegen die ausbeutenden Klassen und ihre Staaten vorgeht. Denn, eine freie Vereinigung der Nationen im Sozialismus ist unmöglich ohne einen mehr oder weniger langwierigen, härtnäckigen Kampf der sozialistischen Republiken gegen die rückständigen Staaten.“

Lenin („Gegen den Strom“)

Wissen ist Macht — Macht ist Wissen

Genosse, warst auch du schon im Bildungsabend unserer Organisation? Jeden Mittwoch um halb 8 Uhr abends findet im Gasthaus Volksgarten, Siegmundstraße 1, regelmäßig der Bildungskurs statt. Unser gegenwärtiges Thema: „Sozialismus in einem Lande oder Permanente Revolution“. Werbet Teilnehmer für diesen wichtigen Kurs. Wir machen alle Genossen besonders darauf aufmerksam, daß der Kurs, der bisher Dienstag stattfand, jetzt Mittwoch stattfindet.

Druckfehlerberichtigung.

In der Nr. 23 hat sich im Artikel „Jesuitische Lügen“ ein besonders sinnstörender Fehler eingeschlichen. Es soll richtig heißen: „Trotzkis ruhmreichstes Kapitel seines Lebens fällt in diese Periode, wo er im engsten Bunde mit Lenin gegen die „alten“ Bolschewiken, Kamenev und Sinowjew, in deren Hintergrund Stalin abwartend stand, nicht nur für die Machtergreifung kämpfte, sondern ihr Organisator (statt „Organisation“) war.“

Jeder Arbeiter lese die Broschüre:

„Gegen den Nationalkommunismus“

von Leo Trotzki

VERBREITET ÜBERALL

DER

MAHN RUF